

■ FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld
Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Christiana Bauer

FDP-Fraktion im
Rat der Stadt Bielefeld

Jan Maik Schlifter
FDP-Fraktionsvorsitzender

Kontakt Fraktionsbüro:
Altes Rathaus EG Zi. 12
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld
Telefon: 0521 51-20610
E-Mail: rat@fdp-bielefeld.de

Bielefeld, den 5.3.2026

Haushaltssicherung vermeiden – Personalkosten priorisieren

Antrag der FDP zur Sitzung des Rates am 12.3.2026

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer,

für die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 12.3.2026 stellen wir folgenden
Antrag: **Haushaltssicherung vermeiden – Personalkosten priorisieren**

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Die Verwaltung begrenzt durch Nichtbesetzung von Stellen und weitere Maßnahmen im Vollzug des laufenden Haushaltsjahres die Personalkosten in 2026 auf den für 2024 festgestellten Wert von 325 Mio. Euro. Neueinstellungen dürfen ausschließlich innerhalb dieses Budgets erfolgen. Die Steuerung obliegt dem Verwaltungsvorstand. Jede neue Stelle sowie jede Wiederbesetzung ist durch die zuständige Amtsleitung schriftlich und nachvollziehbar zu begründen. Dabei sind zwingend Alternativen zu prüfen: interne Umorganisation, Aufgabenreduzierung, Digitalisierung, Anbringung eines „kw“-Vermerks (künftig wegfallend) oder vorübergehendes unbesetzt lassen. Ein Automatismus bei der Stellenwiederbesetzung wird ausdrücklich ausgeschlossen.
2. Der Haushalt 2027 sowie die mittelfristige Finanzplanung der Folgejahre wird auf Grundlage des identischen Personalkostenbudgets in Höhe von 324 Mio. Euro erarbeitet.

Begründung

Die Personalkosten sind der größte, langfristig disponierbare Ausgabenblock im Haushalt. Der Bürokratieaufwuchs der letzten Jahre kann nur durch den verwaltungsinternen Willen zur Veränderung gestoppt werden. Aufgaben müssen in der Verwaltung reduziert, vereinfacht, standardisiert und digitalisiert werden. Wer hier nicht konsequent steuert, verliert dauerhaft finanziellen Handlungsspielraum. Die Gründe für die Personalkostenwende im Einzelnen:

1. Stopp des ungebremsen Stellenwachstums

In den vergangenen Jahren ist der Personalbestand kontinuierlich gestiegen. Jede zusätzliche Stelle schafft dauerhafte Folgekosten. Dieser Entwicklung muss eine klare Grenze gesetzt werden.

2. Schutz der finanziellen Handlungsfähigkeit

Steigende Personalkosten engen Investitionen in Schulen, Infrastruktur oder Sicherheit ein. Ohne Deckel droht die Verwaltung, sich selbst zu finanzieren, statt Leistungen für die Bürgerschaft zu priorisieren.

3. Verantwortung gegenüber Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern

Öffentliche Mittel sind keine Selbstverständlichkeit. Ein Personalkostendeckel ist ein klares Signal für Haushaltsdisziplin und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld.

4. Strukturreformen statt Stellenmehrung

Wenn neue Aufgaben dennoch notwendig werden, dann dürfen diese nicht reflexartig mit neuem Personal beantwortet werden. Zunächst sind Prozesse zu verschlanken, Doppelstrukturen abzubauen und Digitalisierungspotenziale konsequent zu nutzen.

5. Verbindliche Prioritätensetzung

Wenn nicht alles gleichzeitig finanzierbar ist, muss entschieden werden, was wirklich notwendig ist. Der Deckel zwingt zur politischen und organisatorischen Schwerpunktsetzung.

6. Transparenz statt Gewohnheitsrecht

Eine Stelle gehört nicht „automatisch“ einer Organisationseinheit. Jede Wiederbesetzung ist aktiv zu rechtfertigen. Das schafft Klarheit und verhindert versteckte Aufwüchse.

7. Schutz vor struktureller Schieflage

Personalkosten sind langfristige Verpflichtungen. Werden sie nicht begrenzt, entstehen strukturelle Defizite, die künftige Haushalte massiv belasten.

8. Stärkung der Führungsverantwortung

Die Pflicht zur Begründung stärkt die Verantwortung der Amtsleitungen. Personalentscheidungen werden nachvollziehbar und überprüfbar

Mit freundlichen Grüßen

Jan Maik Schlifter

(FDP-Fraktionsvorsitzender)